



WIR ERGREIFEN PARTEI FÜR EINE SOZIALE SCHWEIZ

Die nationalen Wahlen am 22. Oktober sind wegweisend für die Zukunft der Schweiz. Die SP ergreift Partei für eine soziale Schweiz: Eine Schweiz, die die Kaufkraft stärkt, die Klimakrise bekämpft und die Gleichstellung vorantreibt. Mit ihren politischen Forderungen setzen die Nationalratskandidierenden der Liste 2 genau dort an.

«Die SP Baselland hat das Privileg, mit Samira Marti und Eric Nussbaumer in Bern vertreten zu sein – Politiker:innen von grosser Strahlkraft, die weit über Parteigrenzen hinweg wirken. Selbstverständlich wollen wir die beiden Sitze verteidigen» erklärt Nils Jocher, Vizepräsident der SP Baselland. An der heutigen Medienkonferenz lancierte die SP Baselland den Wahlkampf für die Nationalratswahlen: Die SP ergreift Partei für eine soziale Schweiz. Die Liste 2 der SP Baselland setzt sich ein:

Für mehr Kaufkraft und Wohlstand für alle

«Die Prämienkosten explodieren, die Lebensmittel- und Mietpreise steigen an und seit der Inflation verlieren Löhne und Renten an Wert. Um die verschärfte Kaufkraft-Krise zu bekämpfen, braucht es eine starke SP. Wir setzen uns ein für tiefere Krankenkassenprämien, bezahlbare Mieten und anständige Renten», erklärt **Samira Marti**, Ökonomin und Vizepräsidentin der SP-Fraktion in Bern.

Für ein friedliches Europa und für eine weltoffene Schweiz

Die Schweiz liegt mitten in Europa. Europäische sowie globale Probleme können wir nicht im Alleingang lösen. **Eric Nussbaumer**, Elektroingenieur und 1. Vizepräsident des Nationalrats, will sich darum weiterhin für eine transparente, solidarische und weltoffene Aussenpolitik einsetzen: «Viel mehr ist möglich – Grenzüberschreitender Kulturraum, öffentlicher Verkehr, sichere Energieversorgung oder Wertschöpfungsketten für unseren Wirtschaftsstandort».

Für ein Ende von Armut, Ausgrenzung und sozialer Kälte

Armut ist ein strukturelles Problem, sie ist nicht Folge des Versagens von Einzelnen. Armut kann uns alle treffen. «Es braucht eine Politik, die nicht die Armen bekämpft, sondern die Armut. Es braucht Mindestlöhne und eine Sozialhilfe, die zum Leben reicht», so **Miriam Locher**, Landrätin und Parteipräsidentin der SP Baselland.

Für Klimaschutz und Versorgungssicherheit

Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung sind zentrale Aufgaben der Zukunft. «Wie wir mit der Klimakrise umgehen und wie wir unsere Energieversorgung zukunftstauglich umbauen: da stellen wir die Weichen für die nächsten Generationen», so der Landrat und Raumplaner **Thomas Noack**. Es braucht einen effektiven und sozial gerechten Klimaschutz. Und es braucht einen Klimafonds, der entsprechende Mittel für Investitionen bereitstellen kann.

Für eine Schweiz, in der Gleichstellung endlich vorankommt

Beim Thema Gleichstellung sind wir noch lange nicht da, wo wir sein sollten. Frauen stehen finanziell noch immer deutlich schlechter da als Männer, Frauen sowie queere Menschen sind weiterhin von Sexismus und Gewalt bedroht und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht es nur schleppend voran. **Sandra Strüby-Schaub**, Landrätin und Finanzverwalterin, fordert einen massiven Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung: «Wir brauchen in der Schweiz endlich mehr Kinderbetreuungsplätze, wo auch die Angestellten zu fairen Bedingungen arbeiten können.»

Tania Cucè, Co-Präsidentin VPOD Region Basel und Juristin, will eine Gesellschaft, in der alle gute Löhne und Renten bekommen – unabhängig vom Geschlecht: «Wir setzen uns nicht nur für Lohngleichheit ein, sondern auch für eine Aufwertung der sogenannten Frauenberufe.»

Für die Stärkung von Service Public und Gemeinwohl

Wir alle sind auf eine gute und bezahlbare Grundversorgung angewiesen. **Florian Schreier**, Geschäftsführer des VCS beider Basel, fordert einen starken und umfassenden Service Public: «Wir brauchen einen starken Service Public. Es ist eine wichtige Voraussetzung für hohe Lebensqualität, gute Arbeitsbedingungen und bezahlbare Dienstleistungen.»

Weitere Auskünfte:

Liste 2:

- Samira Marti, Ökonomin, Nationalrätin, 1994
samira.marti@parl.ch, 079 128 78 35
 - Eric Nussbaumer, Elektroingenieur, Nationalrat, 1960
eric.nussbaumer@parl.ch, 079 200 79 06
 - Tania Cucè, Juristin, Co-Präsidentin VPOD Region Basel, 1989
tania.cuce@outlook.com, 079 343 65 12
 - Miriam Locher, Pädagogin, Landrätin, Parteipräsidentin SP BL, 1982
miriam.locher@sp-bl.ch, 076 445 07 22
 - Thomas Noack, Geologe & Raumplaner, Landrat, 1961
thomas.noack@lr-bl.ch, 079 619 05 20
 - Florian Schreier, Geschäftsführer VCS beider Basel, 1988
florian.schreier@sp-birsfelden.ch, 079 572 82 44
 - Sandra Strüby-Schaub, Finanzverwalterin, Landrätin, 1971
sandra.strueby@lr-bl.ch, 079 297 71 08
-
- Nils Jocher, Vizepräsident SP BL
nils.jocher@sp-bl.ch, 078 670 61 55

Wir ergreifen Partei

FÜR EINE SOZIALE SCHWEIZ.

BISHER



**SAMIRA
MARTI**

BISHER



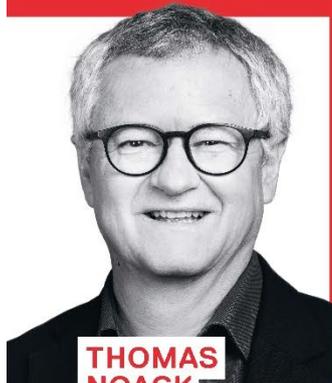
**ERIC
NUSSBAUMER**



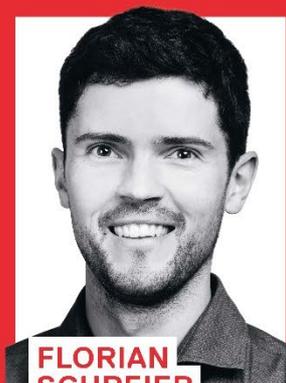
**TANIA
CUCÈ**



**MIRIAM
LOCHER**



**THOMAS
NOACK**



**FLORIAN
SCHREIER**



**SANDRA
STRÜBY-SCHAUB**



FÜR MEHR KAUFKRAFT UND WOHLSTAND FÜR ALLE

SAMIRA MARTI

Nationalrätin, Mitglied der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats SPK, Vize-Präsidentin der Sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung

Wir spüren es alle: Am Ende des Monats bleibt bei vielen Menschen immer weniger im Portemonnaie übrig. Spätestens seit im Februar 2022 Putin einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Ukraine gestartet hat, und in diesem Zusammenhang die Teuerung angestiegen ist, ist das Thema omnipräsent: Die Kaufkraft. Oder anders formuliert: Was nach Krankenkassenprämien, Mieten und Kita-Kosten noch zum Leben übrigbleibt. Denn die Schweiz ist ein reiches Land, aber viele Menschen sehen von diesem Reichtum nie etwas. Darum setzen wir uns seit Jahren ein für tiefere Krankenkassenprämien, bezahlbare Mieten und anständige Renten ein.

Die Prämienkosten explodieren regelrecht, für das kommende Jahr wird wieder ein überdurchschnittlicher Anstieg erwartet. Mit der Prämien-Entlastungs-Initiative sorgt die SP dafür, dass die Prämien für die Bevölkerung tragbar bleiben. Sie fordert, dass kein Haushalt mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens dafür ausgeben muss. Denn in unserem System bezahlt eine Rechtsprofessorin gleich viel für ihre Prämien wie eine Pflegefachfrau. Um die Last dieser unsozialen Kopfsteuer auszugleichen, schuf man das System der Prämienverbilligungen. Doch während die Prämien real seit 1997 um satte 142 Prozent angestiegen sind, wurden die individuellen Prämienverbilligungen nur um etwa 40 Prozent erhöht. Unsere Initiative kann dieser Entwicklung Einhalt gebieten. In der nächsten Session wird der Gegenvorschlag dazu verhandelt, doch die bürgerlichen Parteien sind daran, diesen massiv zu verwässern: Bei einem Prämienanstieg von über zwei Milliarden Franken alleine für das kommende Jahr reicht eine Entlastung von 350 Millionen, wie sie dieser Gegenvorschlag nun vorsieht, nicht aus, um die Bevölkerung wirksam zu entlasten.

Seit dem Anstieg der Inflation verlieren nun zusätzlich die Löhne und Renten an Wert, was die Kaufkraft-Krise verschärft. Dazu kommen höhere Lebensmittelpreise und der Anstieg des Referenzzinssatzes und damit der Mietpreise. Wir wollen illegal überhöhte Mietzinse bekämpfen. Im Schnitt bezahlen Miethaushalte 370.- pro Monat mehr als gesetzlich zugelassen. Der drohende Anstieg des Referenzzinssatzes wird das Problem weiter verschärfen. Wir wollen deshalb mehr Wohnungen der Spekulation entziehen, den Anteil an gemeinnützigem Wohnraum erhöhen und mit einer Mietzinskontrolle endlich dafür sorgen, dass das Mietrecht durchgesetzt wird.

Was viele in dieser Debatte vergessen: 63 Prozent des Bruttoinlandprodukts der Schweiz stammen aus dem Konsum der privaten Haushalte. Was heisst das also, wenn die Kaufkraft der Menschen immer weiter sinkt? Es schadet unserer Wirtschaft. Eine sinkende Nachfrage senkt die Aufträge für das Gewerbe, bedroht die Arbeitsplätze und reduziert das Wachstum

unserer Volkswirtschaft. Umgekehrt ist jeder Franken mehr bei den Menschen ein Franken für die Realwirtschaft. In diesem Sinne ist die Stärkung der inländischen Kaufkraft immer auch die beste Wirtschaftspolitik, gerade in Zeiten starker Verwerfungen auf den internationalen Märkten. Dazu müssen wir die Menschen in der Schweiz endlich finanziell entlasten.

Um die Kaufkraft-Krise zu bekämpfen, braucht es eine starke SP. Seit Jahren ergreifen wir Partei für tiefere Krankenkassenprämien, bezahlbare Mieten und anständige Renten. Unsere soziale DNA ist in Bern wichtiger denn je und auch ich persönlich würde mich freuen, als Ökonomin und zukünftige Co-Fraktionspräsidentin weiterhin fürs Baselbiet an konkreten Lösungen für eine soziale Schweiz zu arbeiten.

FÜR EIN FRIEDLICHES EUROPA UND FÜR EINE WELTOFFENE SCHWEIZ

ERIC NUSSBAUMER

*Nationalrat, Mitglied der ausserpolitischen Kommission und der EFTA/EU Delegation sowie
1. Vizepräsident des Nationalrats*

In den letzten Jahren habe ich neben der Energie- und Umweltpolitik vor allem auch Aussenpolitik betrieben. Was kann erreicht werden, wenn über Grenzen hinweg zusammengearbeitet wird? Was, wenn nicht jedes Land sein eigene Süppchen kocht? Hier im Dreiland wissen wir es: Viel mehr ist möglich – Grenzüberschreitender Kulturraum, öffentlicher Verkehr, sichere Energieversorgung, Wertschöpfungsketten für unseren Wirtschaftsstandort. Wenn die Schweiz mitten in Europa ist, dann ist auch der Kanton Basel-Landschaft mitten in Europa. Vier Punkte will ich aus dieser Realität heraus auch in der nächsten Legislatur vertreten:

1. Unser Verhältnis mit der EU darf keine Baustelle bleiben.

Seit 30 Jahren existiert um uns herum der EU-Binnenmarkt. Alle sieben Jahre beschliesst die EU grosse Förderprogramme. Der grenzüberschreitende Markt mit gleichen Regeln und die Förderprogramme sind für die Schweiz wirtschaftlich bedeutungsvoll. Seit 15 Jahren versucht der Bundesrat eine Regelung zu finden, dass die Schweiz als Nicht-Mitgliedsstaat der EU von dieser Situation profitieren kann. Man muss sagen, der Bundesrat versucht es vor allem mit profitieren und will wenig beitragen. Daher ist es bisher auch nicht gelungen, das Verhältnis zu stabilisieren und zukunftsfähig zu machen. Der Schweizer Wirtschaftsstandort nimmt Schaden, am Ende des Tages wandern die Arbeitsplätze in die EU. Wenn die Exportecke Nordwestschweiz nicht geregelte Verhältnisse mit der EU und unseren Nachbarstaaten bekommt, dann verlieren wir Standortchancen. *Ich ergreife Partei für die aktive Mitwirkung der Schweiz in der europäischen Integration, weil so die Arbeitsplätze in der Schweiz bleiben.*

2. Parlament und Kanton früher in die ausserpolitische Mitentscheidung einbinden

Die Aussenpolitik sei Sache des Bundesrates. Das ist die allgemeine Wahrnehmung. Daraus ist eine Geheimniskrämerei der Exekutive geworden. Und es führt zur Polarisierung mit simplifizierenden Volksinitiativen. Mit Geheimniskrämerei findet man in einer Demokratie keine Lösungen. Die Aussenpolitik braucht viel mehr innenpolitischer Diskurse als was der Bundesrat heute zulässt. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass Kantone, Parlament und die Bevölkerung früher in die ausserpolitischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden als bisher. Die Aussenpolitik der Schweiz muss transparenter und in dem Sinne demokratischer werden. Nur so wird sie tragfähig. *Ich ergreife Partei für eine transparente und tragfähige Aussenpolitik.*

3. Internationale Solidarität muss gestärkt werden

Die Schweizergeschichte ist transnationale Geschichte. Wir sind weltverbunden. Es ist nicht so, dass wir unsere Entwicklung immer allein entscheiden konnten. Die absolute Souveränität gibt es nicht. Was es aber gibt, ist ein eigenes

Solidaritätsverständnis, das wir weiter pflegen müssen. Die Schweiz muss sich daher weiterhin prioritär in der europäischen und internationalen Zusammenarbeit engagieren. In der humanitären Hilfe und in der Krisenbewältigung kann man nicht nur an die aktuellen Staatsfinanzen denken, sonst ist man zukünftig ganz allein. *Ich ergreife Partei für eine stärkere Solidaritätsleistung der Schweiz in den Krisenherden dieser Welt.*

4. **Neutralität ist kein Recht für feiges Abseitsstehen**

Neutralität ist Kooperation. Als neutrales Land ist man immer schon Teil der Staatengemeinschaft und als UNO-Mitglied sowieso. Ich werde alle internationalen Mitwirkungsmöglichkeiten der Schweiz unterstützen. Der scheidende Bundeskanzler meint dazu: Die Schweiz sollte dort sein, wo wir uns einbringen können und Entscheidungen getroffen werden. Abseitsstehen, Igel-Schweiz, Abschottung und Isolationismus schadet uns allen. Dagegen trete ich an. *Ich ergreife Partei für Weltoffenheit.*

FÜR EIN ENDE VON ARMUT, AUS- GRENZUNG UND SOZIALER KÄLTE

MIRIAM LOCHER

Landrätin, Parteipräsidentin SP Baselland, Pädagogin

Dass ich Ihnen heute kurz meine Motivation für meine Kandidatur auf der Liste 2 darlegen darf, ist für mich eine Herzensangelegenheit. Eine Herzensangelegenheit deshalb, da ich durch meine jahrelange Arbeit als Pädagogin immer wieder hautnah mitbekomme, wie es ist, wenn das Geld nicht zum Leben reicht. Wenn Kinder nicht an Geburtstagsfeste gehen können, weil der Familie das Geld fürs Geschenk fehlt und sie soziale Ausgrenzung fürchten. Solche Momente bewegen und empören mich. Sie treiben mich in meinem Engagement.

1,3 Millionen Menschen, davon 133'000 Kinder in der Schweiz sind arm. Sie müssen jeden Rappen zweimal umdrehen und werden in ihrer Situation an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Zählt man dann noch die Menschen dazu, die knapp über der Armutsgrenze leben, so kommen weitere 1.25 Millionen Menschen in prekären Verhältnissen dazu. Wenn Eltern die Zeit und das Geld fehlen, so hat das unmittelbaren Einfluss auf die Startchancen ihrer Kinder in der Schule und somit schwerwiegende Folgen, da das Armutsrisiko mit mangelnder Bildung steigt.

Doch Armut ist kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem. Armut kann uns alle treffen: Wegen einer Wirtschaftskrise oder Arbeitslosigkeit, wegen eines Unfalls, einer Krankheit oder einer Scheidung. Verschiedene Faktoren bestimmen das Armutsrisiko eines Menschen. Darauf kann die Politik Einfluss nehmen:

Es braucht eine Politik, die nicht die Armen bekämpft, sondern die Armut. Eine Politik, die einsteht für eine Gesellschaft, in der niemand vergessen geht und alle dieselben Rechte haben. Als erstes gilt es, prekäre Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen. Es braucht Mindestlöhne und einen besseren Kündigungsschutz. Die Sozialhilfe muss den Menschen helfen, anstatt sie mit immer neuen Forderungen zu traktieren. Das Drangsalieren von Menschen in der Invalidenversicherung muss ein Ende haben. Die Menschen sollen Hilfe und Stärkung erfahren. Es braucht Familienzulagen, die auch Alleinerziehende vor Armut schützen.

Der Kampf gegen Altersarmut, Arbeitslosigkeit 50+, aber auch der Einsatz für Gleichstellung auf allen Ebenen, Bildungsgerechtigkeit und für eine Sozialhilfe, die zum Leben reicht, haben meine politische Arbeit in den vergangenen zehn Jahren in unserem Kanton geprägt. Die Rollen als Fraktionspräsidentin, unter anderem in der Opposition, aber auch im Parteipräsidium und dem Co-Präsidium im Parteirat der SP Schweiz und das jahrelange Engagement auf kommunaler Ebene motivieren mich sehr, meine Fähigkeiten und Fertigkeiten auch in Bern mit einzubringen und mich auf dem nationalen Politikparkett zu engagieren und Partei für eine soziale und lebenswerte Schweiz für alle Menschen zu ergreifen.

FÜR KLIMASCHUTZ UND VERSORGUNGSSICHERHEIT

THOMAS NOACK

Landrat, Geologe und Raumplaner

Ich werde in den letzten Tagen immer wieder gefragt, warum ich nach meiner Regierungsratskandidatur jetzt auch noch für den Nationalrat kandidiere. Ja, das habe ich mir tatsächlich sehr gut überlegt.

Ich schaue mit einem gewissen Stolz auf die gelungene Stadtentwicklung der Stadt Liestal der vergangenen Jahre zurück. Auch im Landrat habe ich in den letzten fünf Jahren einiges bewegt. Als Präsident der Umweltschutz- und Energiekommission ist es mir gelungen, die Beratungen so gestalten, dass alle Vorlagen beschlossen wurden. Das Energiegesetz behandeln wir dann hoffentlich im September im Landrat. Das ist für mich persönlich ein sehr wichtiger Schritt fürs Baselbiet.

Ich trete darum, etwas unbescheiden, mit dem Slogan an: ich kann Liestal, ich kann auch Bern. Ich gehöre zu den Kandidierenden, die schon etwas älter sind und einen grossen beruflichen und politischen Leistungsausweis mitbringen. Ich habe in meiner bisherigen beruflichen und politischen Laufbahn **die** Erfahrungen gesammelt, die es in Bern braucht, um etwas zu bewegen.

Themen, die mich umtreiben und schon seit längerem begleiten, sind auf nationaler Ebene in den nächsten Jahren wichtig. Wie wir mit der Klimakrise umgehen und wie wir unsere Energieversorgung zukunftstauglich umbauen: da stellen wir die Weichen für die nächsten Generationen.

Die SP macht mit ihrem [«10-Punkte-Plan» für eine Klima- und Energiepolitik](#) sehr konkrete Vorschläge wie dieser Umbau rasch, und sozialverträglich, erfolgen soll und mit einem Klimafonds sollen die Mittel für Investitionen und Unterstützungen bereitgestellt werden. Vor allem aber braucht es eine Solaroffensive. Da müssen wir mit der ganz grossen Kelle anrühren. Auch da haben wir eine sehr konkrete Antwort: wir werden unsere kantonale Solarinitiative an der Delegiertenversammlung im September lancieren.

Kurz zusammengefasst: ja, ich kandidiere mit grosser Überzeugung. Ich kann Liestal und ich kann auch Bern.

FÜR EINE SCHWEIZ, IN DER GLEICHSTELLUNG ENDLICH VORANKOMMT

SANDRA STRÜBY-SCHAUB

Landrätin, Finanzverwalterin

Eines meiner Hauptanliegen ist die noch nicht realisierte effektive Gleichstellung von Frau und Mann. Dabei gibt es verschiedene Aspekte, bei welchen in diesem Bereich Nachhol- oder Aufholbedarf besteht. Ein von mir aus gesehen zentraler Punkt ist die familienergänzende Kinderbetreuung, die dringend massiv ausgebaut und als Teil des Service Public angesehen werden muss. Als Präsidentin des Tagesfamilienvereins Oberes Baselbiet, welchem 53 Gemeinden angeschlossen sind, weiss ich, dass der Schuh drückt und wo. Nicht nur, aber gerade auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel z.B. in den Gesundheitsberufen ist es essenziell, dass endlich genügend gute und für die Eltern bezahlbare Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen. Es braucht unbedingt ein weiteres, grösseres finanzielles Programm der öffentlichen Hand, die die Schaffung solcher Betreuungsplätze vorantreibt. Es sollte nicht sein, dass im Jahr 2023 immer noch zum Teil nur mit Mühe ein Betreuungsplatz gefunden werden kann. Das führt dazu, dass ein beachtlicher Teil des Einkommens für die Kinderbetreuungskosten aufgewendet werden muss und deshalb ein Elternteil – meistens die Frauen – nach einer Geburt entweder gar nicht arbeiten geht oder in einem stark reduzierten Pensum. Aber das können sich schon längstens nicht mehr alle Familien leisten, weil nur ein Einkommen nicht reicht, um alle Rechnungen bezahlen zu können. Darum brauchen wir in der Schweiz endlich mehr Kinderbetreuungsplätze, wo auch die Angestellten zu fairen Bedingungen und bei angemessener Entlohnung arbeiten können.

TANIA CUCÈ

Co-Präsidentin VPOD Region Basel, Juristin

Jedoch nicht nur in der Kinderbetreuung, sondern auch im Detailhandel oder in der Pflege braucht es gute Löhne und dann auch gute Renten für alle. Wer in den sogenannten Frauenberufen arbeitet verdient nicht nur Wertschätzung, sondern auch mehr Geld. Denn immer noch besteht in der Schweiz ein geschlechterspezifischer Lohnunterschied. Berufliche Stellung, Dienstjahre oder Ausbildungsniveau sind oftmals abhängig davon, wer die Sorgearbeit in der Familie übernimmt und diese wird immer noch grösstenteils von Frauen erledigt. Das führt dazu, dass Frauen oftmals in schlechter bezahlten Berufen bleiben und auch unfreiwillig Teilzeit arbeiten, was automatisch auch zu weniger guten Chancen bei der beruflichen Weiterentwicklung führt. Wir setzen uns nicht nur für Lohngleichheit ein, sondern auch für eine Aufwertung der sogenannten Frauenberufe. Denn gerade in Branchen mit hohem Frauenanteil werden oft tiefere Löhne bezahlt. Doch nicht nur während dem Erwerbsleben sind Frauen schlechter gestellt, sondern auch im Rentenalter. Weniger Lohn führt heute auch zu tieferen Renten. Altersarmut trifft Frauen stärker als Männer und Frauenrenten sind immer noch ein Drittel tiefer als die der Männer. Deswegen setzen wir uns ein für ein faires Rentensystem, das Familienarbeit und Teilzeitarbeit nicht ignoriert sondern miteinbezieht.

FÜR DIE STÄRKUNG VON SERVICE PUBLIC UND GEMEINWOHL.

FLORIAN SCHREIER

Geschäftsführer VCS beider Basel

Auf eine gute, verlässliche und bezahlbare Grundversorgung sind wir alle angewiesen: zugfahren, telefonieren, sich informieren, sich pflegen lassen: Diese und viele weitere Dinge des Service Public sind ganz selbstverständlich, gehören zum Alltag und sind die Basis unserer Leben. Das alles zu meist vernünftigen Preisen.

Während es bei der Schule, dem Trinkwasser und der Sicherheit unbestritten ist, dass diese in öffentlicher Hand am besten aufgehoben sind, hat bei der Gesundheit, der Kommunikation und im Verkehr die Privatisierung dafür gesorgt, dass das Angebot nicht besser wurde, die Preise aber hoch sind. Gleichzeitig wurden, besonders erschreckend bei der Gesundheit, die Arbeitsbedingungen verschlechtert – denn jetzt zählt ja der Profit.

Eine gemeinsame, öffentliche Kontrolle über diese Dienste wirkt auch der Verantwortungsdiffusion entgegen. Statt die heisse Kartoffel weiterzureichen, muss nach dem Anspruch gearbeitet werden, dass Probleme gelöst werden, damit die Versorgung effizient und zuverlässig funktioniert.

In den letzten Jahren wurde nochmals besonders klar, wie sehr wir auf solide, digitale Infrastruktur angewiesen sind. Und mit dem klaren Nein zur privatisierten E-ID haben die Menschen klar gemacht, dass auch digitaler Service Public uns allen gehören und gemeinsam organisiert sein soll. Wir dürfen uns nicht in unverantwortliche Abhängigkeiten von Systemen und ihren Anbietern begeben, wenn es sich um kritische Infrastruktur handelt.

Es gibt Dinge, die machen wir besser gemeinsam: Dazu gehört der weitgehend starke Service Public in der Schweiz. Dieses erfolgreiche Konzept lässt sich am besten bei der Grundversorgung anwenden, auf die wir alle tagtäglich angewiesen sind.

Starker und umfassender Service Public ist eine wichtige Voraussetzung für hohe Lebensqualität, gute Arbeitsbedingungen und bezahlbare Dienstleistungen.

BUDGET DER SP BASELLAND

Das Budget für die Wahlkampagne der SP Baselland beläuft sich auf insgesamt 205'000 Franken.

	AUSGABEN	EINNAHMEN
AUSGABEN		
Personalkosten	73'500	
Grafik	10'000	
Produktion Printprodukte (inkl. Plakate)	62'000	
Social Media/Paid Media	32'000	
Veranstaltungen	9'500	
Beitrag an JUSO-Liste	18'000	
EINNAHMEN		
Beitrag Kantonalpartei		190'000
Spenden		15'000
	205'00	205'000